

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgeb. freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Märk).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (30 mm) 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Märk).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 113 Sonnabend, den 19. September 1925

Befreiungsfeier in Rheinland und Westfalen.

Reichspräsident v. Hindenburg und Vertreter der Reichsregierung sind gestern zur Befreiungsfeier in Bochum und Essen eingetroffen und von der Bevölkerung freudig begrüßt worden. — Amerika überzeichnet die deutsche Landwirtschaftsankleihe. — Der Danzig-polnische Postkonflikt vor dem Völkerbund. — Uberschwemmungslage in China.

Hindenburg im befreiten Ruhrgebiet.
Bochum, 17. Sept. Der Führer der Bewegung, der heute zwei Salontouren mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg und seiner Umgebung und Vertretern der Reichs- und Staatsregierung in das befreite Gebiet brachte, ist heute mittags um 3 Uhr 20 Minuten in Bochum eingetroffen. Auf dem Bahnhof Bielefeld fand die erste Kundgebung für den großen Feldmarschall und das Reichsüberhaupt statt. In Hamm, an der Grenze des Einbruchgebietes, gibt es die erste offizielle Feier. Sängerkorps, Musikkapellen, würdiger Vorbesuch. Ein Doppelposter der Reichswehr präsentiert vor Hindenburgs Wagen. Der Reichspräsident grüßt und dankt. Aus westfälischen Sängerkorpsen klingt es: „Nach deutschen Opfern heißt und groß.“

Bochum, 17. Sept. Zum Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg hat das Ruhrgebiet sich freudig gesammelt. Wenn auch, entsprechend den vom Reichspräsidenten, sowohl wie von der Reichsregierung geäußerten Wünschen, die Anwesenheit unserer Stadt nur schlicht ist, so herrscht doch in der Bevölkerung große Freude darüber, daß das Reichsüberhaupt es sich nicht nehmen läßt, selbst zu denen zu kommen, die jahrelang unter fremder Besatzung schwer zu leiden gehabt haben. Nach Reichspräsident Dr. Brücker wird von Westfalen aus über Bremen hier eintreffen. Am die Mittagszeit bereits haben die einzelnen Vereine, Gewerkschaften, Korporationen und Schulen sich für den Empfang des Reichspräsidenten aufgestellt, in dessen Begleitung sich an der Spitze für die befreiten Gebiete, Dr. Frentzen, und der Preussische Ministerpräsident Braun befinden. Das der Umgebung Bochums sind Hunderttausende herbeigeeilt, um selber Zeuge der Ankunft Hindenburgs zu sein und der Bevölkerung für den Feldmarschall, Abschied zu verleihen. Die Sängerkorps und die Schalltöne empfangen den Reichspräsidenten mit Gesang; ebenso werden in Duisburg tausend Sängerkorps als Angehörige des Rheinischen Sängerbundes, zusammen mit 1500 Schalltönen Hindenburg eine Ovation darbringen. Ein gleicher Empfang wird in Essen stattfinden. Im Duisburg sind weitgehende Vorbereitungen für die Ankunft Hindenburgs getroffen, der im Laufe des Oberbürgermeisters Dr. Jarres den See einnehmen wird. Die Fabriken und Geschäfte werden schließen, am den Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zu einer Hilfsparty für den Reichspräsidenten zu geben. Zahlreiche Meldungen von Verbänden aus Oberhausen und vom linken Niederrhein zur Teilnahme an dem Empfang liegen vor. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen bezüglich gehaltene Begrüßungsartikel, zum Teil mit dem Wibe des Reichspräsidenten.

de Monzies Besuch in Berlin.
Am Mittwoch weilte der französische Kultusminister de Monzie in Berlin. Am dem Frühstück, das Kultusminister Dr. Bredel bei dieser Gelegenheit gab, nahmen neben dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem französischen Botschafter de Camerote, den Staatssekretären Schuber, Boveger und Langereis und dem früheren preussischen Kultusminister Schmidt-Ditt namhafte Vertreter der Wissenschaft und Kunst teil. Herr de Monzie befand sich in Begleitung einiger Herren der französischen Botschaft und der Professoren Brunot, Delan der Sorbonne, und Masnad. Minister Bredel ließ Herrn de Monzie willkommen heißen. Mit Genehmigung begrüßt er den Besuch des französischen Unterrichtsministers, da er einen weiteren Schritt in der Weise seiner Meinungen bedeutete, auf kulturelle Verständigung, bei europäischen Völkern, insbesondere des französischen und des deutschen, hinzuwirken. Die Wissenschaft sei ihrem Wesen nach international, aber der Mensch, der sie erzeugt, gehöre dem nationalen Boden an, in dem er wurzelt, und könne sich ohne Schädigung auch seiner geistigen Arbeit von den Gesetzen seines Volkes nicht lösen. Daraus ergaben sich Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten, wenn ihre Völker in Konflikte geraten. Diese Situation habe der Weltkrieg geschaffen. Je stolzer eine Nation sei, desto schwerer trage sie an ihrer Niederlage. Deutschland

stehe noch unter dem Alpdruck der Besatzung. Für die wissenschaftlichen Organisationen kommt in Betracht, daß die Zusammenarbeit der Gelehrten in Organisationen und auf Kongressen ohne deutsche Schuld nach dem Kriege nicht wieder oder nur vereinzelt aufgenommen worden sei. Vielmehr sei nach dem Kriege eine Boykottbewegung gegen Deutschland eingeleitet worden. Noch im laufenden Jahr seien die bedauerlichen Beschlüsse des „Conseil de recherches“ gefaßt worden, deren Wirkung in der deutschen Gelehrtenwelt sehr stark gewesen sei. Um so freudiger begrüße er die vorerwähnte Initiative, die Herr de Monzie ergriffen habe, und heiße ihn als Vorkämpfer der geistigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland willkommen. In seiner Erwiderung wies Herr de Monzie auf die Schwierigkeiten hin, die bis auf die letzten Monate die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den deutschen und den französischen Gelehrten und anderen Persönlichkeiten hinausgezögert hätten. Er freute sich, daß er durch die Professoren von Professor Karo die Einwürfe kennengelernt habe, die einer Annäherungsaktion im Wege ständen. Er zeigte durch eine Reihe von Beispielen, daß die französische Regierung sich lange vor dem Kongress vom 2. Dezember vorigen Jahres bemüht habe, den Beziehungen zwischen Gelehrten und Universitäten mögliche Objektivität zu sichern.

Die Reichsregierung vor dem Auswärtigen Ausschuss.
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist auf Mittwoch, den 23. Sept., vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Der Ausschuss wird sich mit der außenpolitischen Lage, insbesondere dem Sicherheitsrat beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung den Ausschuss über das Ergebnis der für nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung unterrichten wird.

Die Landwirtschaftsankleihe überzeichnet.
New York, 17. Sept. Die Überzeichnung der Anleihe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist so groß, daß die Bankiers bekanntgeben, daß viele Orders sehr scharf repariert werden müssen. Die verlangten Beträge belaufen sich auf ungefähr eine halbe Milliarde Dollars. Die Zuteilung dürfte fünf bis zehn Prozent des gezeichneten Betrages ausmachen. In den Kreisen der amerikanischen Bondhändler betrachtet man die gewaltige Überzeichnung als das bedeutendste Ereignis in den letzten Wochen. Man nimmt weiter an, daß die günstige Aufnahme dieser Anleihe der Unterbringung ähnlicher Wertpapiere unter besseren Bedingungen die Wege ebnet werde.

Trendelenburg neue Verhandlungen mit Chaumet.
Paris, 16. Sept. Ueber die gestern stattgehabte Zusammenkunft der beiden Wirtschaftsdelegationen, die deutscherseits von Staatssekretär Dr. Trendelenburg und von französischer Seite durch den Handelsminister Chaumet geleitet werden, gibt die deutsche Delegation folgende Mitteilung heraus: „Bereinsamungsgemäß. Hatten Staatssekretär Trendelenburg und Minister Chaumet heute eine Besprechung, um zu prüfen, auf welcher Grundlage die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Nach dieser ersten Prüfungsaufnahme werden morgen die Besprechungen fortgesetzt werden.“

Der Postkonflikt vor dem Völkerbund.
Genf, 17. Sept. Die Danzig-polnischen Streitigkeiten über die Grenzlinie für den polnischen Postdienst und das polnische Munitionslager auf der Westpreussischen Halbinsel werden am nächsten Freitag in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Endgültige Annahme des belgischen Handelsvertrages.
Der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion hat im Auswärtigen Amt zwischen Staatssekretär v. Schuber und dem hiesigen belgischen Gesandten, R. Oberlaß, stattgefunden. Das Abkommen tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft. Gleichzeitig wurde dem belgischen Gesandten eine Note übergeben. In dieser Note wird zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die belgische Regierung später zur Einführung der 20prozentigen Reparationsabgabe schreiben sollte, in einer solchen Maßnahme eine Diskriminierung der deutschen Waren auf dem belgischen Markt gegenüber den Waren aus dritten Ländern sehen würde und daß eine solche Diskriminierung mit dem Grundsatze der Gleichberechtigung im Widerspruch stünde, auf dem das vorläufige Handelsabkommen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und

Deutschland vom 4. April 1925 aufgebaut sei. Von belgischer Seite wurde hierzu erklärt, daß die belgische Regierung für den Fall, daß sie sich zur Einführung der Reparationsabgabe genötigt sehen sollte, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen setzen würde, um eine Anwenungsähnlichkeit der Abgabe zu finden, die den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern, dessen Entwicklung die belgische Regierung wünsche, nicht schädige.

Die Verwaltungsreform der Städte.
Der Landtagsausschuss für die Städteordnung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage, ob der Städteordnung die rheinische Bürgermeisterversammlung zugrunde gelegt, oder ob den einzelnen Gemeinden die Wahl überlassen werden solle. In der Aussprache wurde die süddeutsche Stadtratsverwaltung zur Debatte gestellt. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten wurde vorgeschlagen, daß die Städteverwaltung einen Entwurf vorlegen solle, der die süddeutsche Stadtratsverwaltung zur Grundlage habe, bei der die Exekutive der Gemeindeverwaltung verbleibe, während bei der rheinischen Bürgermeisterversammlung die Exekutive dem Bürgermeister zugehört. Rechtsparteien und Zentrum hielten demgegenüber an dem Standpunkt fest, daß es zweckmäßig sei, den Städten selbst die Wahl der Verwaltungsform zu überlassen.

30 Millionen Reparationszahlung.
Berlin, 15. Sept. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit: Die Reichsregierung hat am 13. September fälligen Betrag von 30 Millionen Goldmark als erste Rate der im zweiten Jahre des Sachverständigenplanes zu leistenden Annuität heute gezahlt. Die Zahlung erfolgte durch Ueberweisung des Gegenwertes in Reichsmark auf das Konto des Generalagenten für Reparationszahlungen bei der Reichsbank.

Wie das Ausland die Dinge sieht.
London, 16. Sept. Der Genfer Vertreter des „Manchester Guardian“ gibt heute folgenden zusammenfassenden Überblick über den gegenwärtigen Stand der Währungsverhandlungen. Kurz gesprochen: Polen ist die Schwachstelle. Denn mit dem Abnahmepakt ist man schon so gut vorwärts gekommen, daß trotz verschiedener Gitternennungen, die Dr. Gaus in London machte, keine unüberwindlichen Hindernisse für die großen gutartigen Währungsfragen bestehen, zum erstemal seit Karl dem Großen einen dauernden Frieden zu schließen. Die Geschichte der Genfer Besprechungen ist die Geschichte der Angst Polens, zum Einverständnis Europas gemacht zu werden und es zu einem Rheinbundpakt kommen zu lassen, bevor nicht die Ostfrage ernstlich in Angriff genommen würde. Um diese polnischen Befürchtungen zu zerstreuen, ist man deshalb schlichtlich übereingekommen, die Verhandlungen über die östlichen Verträge gleichzeitig mit denen über den Rheinbundpakt stattfinden zu lassen. Das bemerkenswerte Ereignis in Genf war die offensichtliche Verständigung der Haltung Polens und der Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei, die keine Grenzstreitigkeiten mit Deutschland hat, konnte also ihren Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland ohne jede Schwierigkeit abschließen. Dem Abnahmepakt begrüßt die Tschechoslowakei, die aber andererseits keinen Grund hat, sich in polnischen Grenzstreitigkeiten verwickeln zu lassen. Alles was übrig bleibt, ist zum mindesten die französisch-polnische Solidarität.

Fransösische „Kultur“ in Elsaß-Lothringen.
Wie aus Mörchingen (Lothringen) gemeldet wird, hat die Nachricht, daß in der dortigen neuen Festsche der Wachstumsentwicklung ein Vorbild eingerichtet werden soll, über das ein langjähriger Pachtervertrag bereits abgeschlossen wurde, in der Elsaß-Lothringischen Presse großes Aufsehen erregt.

Ein großer Sieg Abd el Krims.
London, 16. September. Während es dem französisch-spanischen Nachrichtendienst zuweilen gelingt, Meldungen zu lancieren, deren zufolge die Operationen gegen die Kisten erfolgreich fortgeschritten, wird jetzt durch ein Telegramm aus Fez bekannt, daß es den Nijalabten gelungen ist, den 2500 Meter hohen Maraberg zurückzuerobern. Dieser Berg hat wiederholt im marokkanischen Kriege infanterie eine Rolle gespielt, als er stets seit Beginn der französischen Offensive besetzt unbesetzt war und wiederholt seinen Besitzer wechselte. Zuletzt hatten die Franzosen die Stellung auf diesem Berg inne, bis es jetzt dem Aufstand der Kisten gelungen ist, die Positionen zurückzuerobern.